

SNE/CGFP zu Koalitionsabkommen: Ruhe ist erste Bürgerpflicht?

Im Regierungsprogramm sieht der Syndicat National des Enseignants (SNE), der der CGFP angeschlossen ist, viel Interpretationsspielraum. Er ist so allgemein gehalten, daß dahinein alles und nichts interpretiert werden kann, ein Vorwurf, der schon von vielen Seiten kam, weil er einfach stimmt.

Dennoch dürfen wir uns über die Schwerpunkte wundern, die den SNE umtreiben für die 4.000 Mitglieder, die er reklamiert.

Nichts zu hören war davon, daß von der individuellen Betreuung nichts mehr übrig geblieben ist, die mit der Grundschule hätte kommen sollen. Zwar verlangt der SNE eine Kalkulation des Kontingents nach Klasseneffektiven von 15 statt heute 16 Kindern und daß die spezialisierten Lehrkräfte über dieses Kontingent hinaus fix den Schulen zugeteilt werden, doch daraus wird auch dann kein Eingehen auf Lernschwächen Einzelner selbst wenn Rabauken und Krachmacher zeitweise aus den Klassen genommen werden, um in spezialisierten Zentren resozialisiert zu werden.

Irgendwie sonderbar ist auch, wenn der SNE sich energisch dagegen wehrt, Hausaufgabenhilfe könne zum Aufgabengebiet des Lehrpersonals gehören. Irgendwann wird sich doch dazu bequemt werden müssen, das als Teil der nötigen individuellen Betreuung zu sehen, nachdem die Fiktion nicht mehr aufrecht zu halten ist seit langem, zu Hause sei doch jemand, der helfen könne. Kritisierbar ist schon, wenn Minister Meisch meint, das über freiwillige bezahlte Überstunden abwickeln zu können, aber ohne so eine Hilfe ist der Schulerfolg für sehr viele gefährdet um nicht gleich garantiert miserabel zu sagen.

Aber an den Aufgaben der Lehrkräfte will der SNE unter keinen Umständen was verändert sehen, genauso wie er eine flächendeckende Ganztageschule ablehnt. Die droht sich seiner Meinung nach hinter der Gratisbetreuung in den »Maisons Relais« während der Schulzeit zu verstecken. Wobei der SNE auch verhindern will, daß seine Mitglieder zu einer Zusammenarbeit mit den Erziehern in den Betreuungsstrukturen verpflichtet werden, anstatt daß er verlangt, das müsse innerhalb der 23 Stunden stattfinden, die eine Lehrkraft in der Schule tätig ist. Denn es wird doch hoffentlich niemand bestreiten, daß so eine Zusammenarbeit mehr als sinnvoll ist!

Praktische

Lückenbüßer?

Zwar erklärt der SNE, unsere Schule brauche jetzt vor allem Ruhe, um all die Reformen der letzten Legislaturperiode zu verdauen, doch dann reklamiert er statt einer Scheinautonomie eine wirkliche Autonomie, eine praxisorientiertere Ausbildung und vor allem eine Master-Ausbildung.

Schön, dahinter steckt die Hoffnung auf mehr Gehalt, aber es wird auf die meisten Länder des Kontinents verwiesen, die schon vom Bachelor auf den Master gegangen sind. Das sei im Angesicht der komplexer gewordenen Aufgaben einfach nötig.

Mehr Studienplätze an der Uni in Luxemburg statt dem Zwang für die meisten, ihre Ausbildung im Ausland zu machen, sind sicher angebracht, ebenso, daß die Ausbildung realitätsnaher sein soll. Wundern dürfen wir uns aber wieder, wenn als Möglichkeit in den Raum gestellt wird, Studierende sollten am Anfang jene vier Wochen Praktikum absolvieren, die zum Ersetzen in der Grundschule berechtigen. Sie bekämen da einen Überblick über die Realität in den Schulen und könnten nebenbei das Problem der fehlenden Ersatzkräfte verkleinern. Das kann es doch nicht sein, denn die sollen doch anwesend sein auf der Uni fürs Studium, und nicht in der Grundschule die Lückenbüßer geben!

Dadurch läßt sich schließlich eine Vernachlässigung der Didaktik, ganz besonders bei Sport, Kunst und Musik, nicht wettmachen. Diese Kritik richtet sich schließlich an die Uni!

Keine Bürgerbeteiligung?

Staunen dürfen wir über die rabiate Polemik gegen einen Bildungstisch, zu dem auch Schüler und Eltern geladen werden. Dagegen spreche, daß niemand zum Bildungsexperten werde, weil er mal in der Schule war und/oder jetzt ein Kind in der Schule hat. Warum sollen eigentlich nur studierte Experten mitreden dürfen in einer gesellschaftlich relevanten Frage? Laut den Vorstellungen des SNE müßte das sein, ganz besonders wenn es um Ausbildung und Rekrutierung der Lehrkräfte geht. Das stehe im Widerspruch zum Vertrauen, das ins Lehrpersonal gesetzt werden soll.

Dabei sagt doch der Volksmund »beim Reden kommen die Leute zusammen«. Genau daraus sollte doch Vertrauen durch bessere Kenntnisse der Probleme entstehen. Und das unabhängig von der Existenz des »Conseil Supérieur de l'Education Nationale«, die vielleicht eher in Frage zu stellen wäre.

Gegen eine Evaluierung des Lernens des Französischen im Zyklus 1 und 2, wie sie der SNE fordert, wird niemand an so einem Bildungstisch sein, wohl kaum auch wer gegen Luxemburgisch als Integrationssprache in der Schule und am Schulhof. Es könnte aber leicht sein, daß dem SNE da erklärt würde, seine Befürwortung von digitalisierten Zwischenbilanzen schaffe unüberwindbare

Probleme in Haushalten, wo es vielleicht drei Fernseher, aber keinen Computer gibt. Die sprichwörtliche portugiesische Putzfrau, die nicht zurecht kommt mit den Kompetenzbeschreibungen, wird mit einer nicht ausgedruckten informatisierten Bilanz erst recht ausgeschlossen!

Es macht auch keinen Sinn, im Zyklus 4 wieder Punktenoten zusätzlich einzuführen mit dem Argument, in der Sekundarschule gäbe es die auch. Denn, lieber SNE, das haben die Jugendlichen dort gleich spitz!

jmj



Montag 17. Dezember 2018